



Nicht nur der Stadtrat, rund 80 Zuhörer waren in den Pfarrsaal der katholischen Kirche gekommen, um die Sitzung mitzuverfolgen.

Foto: Alexandra Beck

Trotz nein: Planfeststellung geht weiter

Mit 13 zu 8 Stimmen fällt im Stadtrat eine Entscheidung gegen die Umgehung Haindling-Nord. Zu spät, wie betont wird. Allerdings steht immer noch der Klageweg offen.

Geiselhöring. (ale) Betretene Gesichter und hämische Lacher auf beiden Seiten, auf der der Befürworter und der der Gegner, rund 80 Zuhörer bei einer Sitzung, die wegen Platzmangels eigens vom Sitzungssaal des Bürgerhauses in den Pfarrsaal verlegt worden war: Wie umstritten das Thema Umgehungsstraße „Haindling-Nord“ in der Stadt Geiselhöring ist, ist am Donnerstagabend in der öffentlichen Sitzung des Stadtrates erneut deutlich geworden.

Einberufen worden war die Sitzung deshalb, weil die Fraktionen der Freien Wähler und der SPD im Stadtrat einen Antrag gestellt hatten, die Ortsumgehung Geiselhöring-Hirschling abzulehnen, weiterhin als Trasse „Haindling-Nord“ bekannt. Die SPD und die Freien Wähler (FW) begründeten ihren Antrag damit, dass der Beschluss zum Bau der Trasse 2023 nur von einer knappen Mehrheit des damaligen Gremiums gebilligt worden war und mehr als drei Jahre zurückliege. Mit insgesamt 13 zu acht Stimmen ist der Antrag angenommen worden. FW, SPD und die drei AfD-Stadträte sowie zwei CSUler unterstützten den Antrag und zeigten so ihre Ablehnung des Straßenbauprojekts. Die anderen acht CSU-Mitglieder befürworteten einmal mehr den Bau der Straße und stimmten gegen den Antrag.

Vortrag sei Einfluss auf politische Willensbildung

Eine Auswirkung auf das derzeit bei der Regierung von Niederbayern laufende und kurz vor dem Abschluss stehende Planfeststellungsverfahren wird die Ablehnung der Straße durch den Stadtrat laut Bürgermeister Herbert Lichtinger und Bastian Wufka vom Staatlichen Bauamt in Passau indes nicht haben. „Das Planfeststellungsverfahren wird abgeschlossen“, teilten sowohl Lichtinger als auch Wufka mit.

Wie tief die Gräben im Stadtrat bezüglich dieses Themas sind, wurde vor der Abstimmung zum eigentlichen Antrag deutlich. Karina Luginer, Fraktionsvorsitzende der FW, hatte im Namen der FW und der SPD einen Geschäftsordnungsantrag zur Änderung der Tagesordnung gestellt. Die beiden Fraktionen beantragten, sofort, ohne Informationen vom Staatlichen Bauamt und ohne Aussprache, über ihren Antrag, die Ablehnung von Haindling-Nord, abzustimmen. „Das Staatliche Bauamt hatte genügend Möglichkeiten gehabt, fachliche

Einschätzungen abzugeben.“ Ihrer Meinung nach käme ein Vortrag vor Abstimmung einer Einflussnahme auf die politische Willensbildung gleich.

Viktoria Schmalhofer, Fraktionsvorsitzende der CSU, konterte mit einem weiteren Geschäftsordnungsantrag zur Änderung der Tagesordnung. Im Namen der CSU-Fraktion beantragte sie, dass nicht über den Antrag zur Ablehnung der Umgehungsstraße abgestimmt werde, sondern stattdessen über einen Antrag zu einem Bürgerentscheid abgestimmt werde. Dieser solle die Fragestellung beinhalten, ob die Planung und der Bau der Umgehungsstraße Geiselhöring in der Planvariante Haindling-Nord von der Stadt weiterhin unterstützt werden soll. Dabei berief sich Schmalhofer auf den Stadtratsbeschluss von 2023, der mit elf zu neun Stimmen für Haindling-Nord ausgefallen war. Während Luginers Antrag am Donnerstagabend, für die sofortige Abstimmung, mit acht zu 13 Stimmen angenommen wurde, wurde Schmalhofers Antrag mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

In seiner Stellungnahme betonte Bürgermeister Herbert Lichtinger, dass das Planfeststellungsverfahren laufe und „2027 zum Abschluss gebracht wird“. Der Planfeststellungsbeschluss könne dann gegebenenfalls beklagt werden. „Anschließend besteht Baurecht und dann kann der Bau dieser Straße umgesetzt werden.“ Er habe mit der Regierung von Niederbayern gesprochen, die ihn darauf hingewiesen habe, dass die Frist im Anhörungsverfahren abgelaufen sei und eine weitere Stellungnahme der Stadt keinen Einfluss auf das Verfahren mehr hat.“

Auch der Bayerische Verkehrsminister, Christian Bernreiter, habe das bestätigt. Außerdem habe Bernreiter auf die Bedeutung der Umgehungsstraße für die gesamte Region und auch für die Verbesserung des Bahnverkehrs (die Schranken sollen durch Unterführungen ersetzt werden) betont.

Thema Umgehung ist eine Endlosschleife

Lichtinger betonte, dass das Thema Ortsumgehung seit über 70 Jahren diskutiert werde. Für die ersten beiden Bauabschnitte (aus Richtung Sallach bis zum Kreisverkehr Haindling) seien von der Stadt drei Millionen investiert worden. Außerdem habe sich der Stadtrat 2018, 2019 und 2023 mehrheitlich für

Haindling-Nord ausgesprochen. „Das Planfeststellungsverfahren wurde eingeleitet, Bürger und Betroffene konnten Einwände vorbringen, die in einem rechtsstaatlichen Verfahren bearbeitet und bewertet werden.“

Er nehme die Argumente der Gegner der Trasse ernst, sei aber der Überzeugung, dass die Ortsumgehung die Innenstadt von Geiselhöring, die Ortsteile Hirschling und Hainsbach entlaste. Lichtinger sprach von 7.200 Fahrzeugen täglich am Stadtplatz. Die Umgehung sei kein Aus für die Innenstadt, sondern führe zu deren Belebung. „Wenn der Stadtplatz vom Verkehr entlastet wird, können wir ihn baulich umgestalten.“ Sowohl die Aufenthaltsqualität als auch die Sicherheit, gerade für Kinder und Senioren, werde erhöht.

Nur drei Prozent der Kunden „Durchfahrer“

Dem Argument, die Geschäfte in der Innenstadt verlieren Einnahmen, setzte Lichtinger die Ergebnisse einer Befragung entgegen, die gezeigt hätten, dass nur „drei Prozent aller Kunden sogenannte Durchfahrer“ seien. Lichtinger verwies auf die Bedeutung von Haindling-Nord für Unternehmen wie Hiro-Tech und Transdanubia und für weitere mögliche Unternehmensansiedlungen. Nur mit der Umgehung könne sich die Stadt als Wohn- und Gewerbestandort weiterentwickeln.

Durch die Zustimmung für den Geschäftsordnungsantrag zur Änderung der Tagesordnung von FW und SPD, vor den Ausführungen seitens des Staatlichen Bauamts über den Bau der Umgehungsstraße abzustimmen, fasste sich Bastian Wufka vom Staatlichen Bauamt bei seinen Ausführungen kurz. Bevor er zu reden anfang, verließen rund 20 Zuhörer den Pfarrsaal, unterhielten sich teilweise auf der Straße vor dem Saal laut. Einmal wurde sogar in den Sitzungssaal hineingeschrien.

Wufka sagte, er sei bei vielen Sitzungen gewesen. „Eine Respektlosigkeit wie heute diese, habe ich aber noch nie erlebt, das muss ich in aller Deutlichkeit sagen.“ Er habe einige Stunden für seinen Vortrag gearbeitet, den er jetzt nicht halten werde. Wie Lichtinger betonte er, dass das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen werde. In der Regierung stapelten sich Beschlüsse zu den möglichen Varianten der Umgehung. „Da stecken wahnsinnige Arbeit, Steuergelder und Kapazitäten drin, die woanders fehlten, die Per-

sonalkosten nicht eingerechnet.“ Dass eine Ablehnung zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr funktioniere, liege auf der Hand. „Das brauchen wir nicht mehr weiter zu erklären.“ 2027 kommt der Beschluss, dann besteht die Möglichkeit zur Klage, die aber keine Auswirkung auf das Baurecht mehr habe. Er wisse, dass die Straße ein „brutaler Eingriff in privates Eigentum“ sei, habe aber während der ganzen Planungen immer Gesprächsbereitschaft mit Grundstückseigentümern gezeigt. Manfred Fuß (AfD) griff Wufkas Vorwurf der Respektlosigkeit auf, die Wufka moniert habe. „Sie sprechen von mangelndem Demokratieverständnis, wir müssen uns aber zwei Monologe, die für die Umgehung sprechen, anhören und werden nicht über die gegensätzlichen Meinungen informiert.“ Lichtinger schaltete sich in die Diskussion ein, Fuß habe ihm gesagt, er sei informiert und habe sich mit den Argumenten der Gegner von Haindling-Nord auseinandergesetzt.

SPD-Fraktionsvorsitzender Ludwig Kerscher brachte die lange diskutierte und dann verworfene Regionaltrasse ins Spiel und fragte, warum eine Umwidmung der SR2 (von Hainsbach über Metting nach Straubing) nicht möglich ist. Worauf Wufka sagte, dass jede Straße im bayernweiten Netz eine gewisse Bedeutung habe. Die 2142 (Geiselhöring-Hirschling-Straubing) verbinde Staats- und Bundesstraßen miteinander. „Diese Funktion hat die Regionaltrasse nicht.“ Das hätten auch die Verkehrszählungen ergeben.

Aktuellere Verkehrszahlen gefordert

Wufka zeigte die Zahlen eines Verkehrsgutachtens von 2016, die belegten, dass mit der Umgehungsstraßenvariante Haindling-Nord die Verkehrsbelastung für Hirschling, Geiselhöring und Hainsbach am größten wäre. Darauf sagte Ludwig Kerscher, er verstehe nicht, warum aus Gründen der Aktualität keine neuen Zahlen erhoben werden. „Sie sprechen von 50 Millionen, die das Projekt kostet, sind aber nicht bereit, das Geld für eine neue Verkehrserhebung auszugeben.“

Dass das Thema Geiselhöringer Umgehung noch lange für lebhaftes Diskussionen im Stadtrat führen wird, zeigte auch, dass sich sowohl Zuhörer als auch Stadträte nach der Sitzung lange unterhielten und Bastian Wufka vom Staatlichen Bauamt Fragen stellten.